



Weiterbildung Recht

Das neue Verjährungsrecht

Tagung vom 29. Oktober 2019 in Luzern



WALTER FELLMANN



Stämpfli Verlag

Das revidierte Verjährungsrecht tritt auf den 1. Januar 2020 in Kraft. Es führt im Deliktsrecht neue Verjährungsfristen ein. Zentral sind die Verlängerung der kurzen relativen Verjährungsfrist, die Einführung einer zwanzigjährigen absoluten Verjährungsfrist bei Tötung oder bei Körperverletzung sowie die Überarbeitung der ausserordentlichen Verjährungsfristen für Forderungen aus strafbaren Handlungen. Im Vertragsrecht bleiben die Verjährungsfristen grundsätzlich unangetastet. Art. 128a OR führt jedoch für Forderungen auf Schadenersatz oder Genugtuung aus vertragswidriger Körperverletzung oder Tötung eines Menschen neue Fristen ein: eine dreijährige relative und eine zwanzigjährige absolute Verjährungsfrist. Daneben finden sich im neuen Verjährungsrecht weitere punktuelle Änderungen. Beim Gang durch das neue Recht bleibt auf Schritt und Tritt spürbar, dass es das Ergebnis eines harten politischen Tauziehens ist. Und auf den Anwalt lauern eigentlich Tretminen! Dieser Tagungsband stellt das neue Recht vor und dient als Wegweiser für die Zeit nach dem Inkrafttreten.



Weiterbildung Recht

Das neue Verjährungsrecht

Tagung vom 29. Oktober 2019 in Luzern

Beiträge von

Walter Fellmann
Frédéric Krauskopf
Christof Bergamin
Josianne Magnin
Adrian Rothenberger
Michel Verde
Isabelle Wildhaber/Sevda Dede
Raphael Märki



Stämpfli Verlag

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2019
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-8911-8

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-8910-1



Vorwort

Am 15. Juni 2018 haben die Eidgenössischen Räte das revidierte Verjährungsrecht beschlossen. Nachdem die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen ist, hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 7. November 2018 das revidierte Recht auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt.

Die Revision des Verjährungsrechts führt im Deliktsrecht neue Verjährungsfristen ein. Die zentralen Punkte der Revision sind die Verlängerung der kurzen relativen Verjährungsfrist, die Einführung einer zwanzigjährigen absoluten Verjährungsfrist bei Tötung eines Menschen oder bei Körperverletzung sowie die Überarbeitung der ausserordentlichen Verjährungsfristen für Forderungen aus strafbaren Handlungen. Im Vertragsrecht bleiben die allgemeinen gesetzlichen Verjährungsfristen grundsätzlich unangetastet. In Art. 128a OR werden jedoch für vertragliche Forderungen auf Schadenersatz oder Genugtuung aus vertragswidriger Körperverletzung oder Tötung eines Menschen zwei neue Fristen eingeführt: eine dreijährige relative und eine zwanzigjährige absolute Verjährungsfrist. Daneben finden sich im neuen Verjährungsrecht weitere punktuelle Änderungen.

Beim Gang durch das neue Recht bleibt auf Schritt und Tritt spürbar, dass es «das Ergebnis eines harten politischen Tauziehens» ist.¹ Und auf den Anwalt lauern eigentlich Tretminen! Es erschien mir daher wichtig, das neue Recht den interessierten Anwältinnen und Anwälten, Richterinnen und Richtern, Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen sowie den Juristinnen und Juristen der öffentlichen Verwaltung noch vor dem Inkrafttreten vorzustellen und ihnen als Wegweiser für die Zeit nach dem Inkrafttreten einen Tagungsband mit auf den Weg zu geben.

Ich bedanke mich daher sehr herzlich bei Dr. iur. Christof Bergamin, Prof. Dr. iur. Frédéric Krauskopf, LL.M., Dr. iur. Josianne Magnin, MLaw Raphael Märki, Dr. iur. Adrian Rothenberger, Dr. iur. Michel Verde und Prof. Dr. iur. Isabelle Wildhaber, LL.M., dass sie sich bereit erklärt haben, als Referentinnen und Referenten an der Tagung von «Weiterbildung Recht», der Weiterbildungsstelle der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern, mitzuwirken und einen Beitrag für diesen Tagungsband zu schreiben.

Meinen Dank verdienen weiter Frau Cornelia Sidler und Frau Barbara Fellmann-von Moos, welche die Tagung organisiert und administrativ begleitet haben, sowie meine wissenschaftlichen Assistierenden, Frau Franziska

¹ KRAUSKOPF/MÄRKI, Wir haben ein neues Verjährungsrecht! Darstellung der neuen Gesetzesnormen mit Anmerkungen, in: Jusletter vom 2. Juli 2018, Rz. 2.

Fritsche und Herr David Colombo, die die Herausgabe dieses Tagungsbands betreut haben. Herzlich zu danken habe ich schliesslich dem Stämpfli Verlag und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dieses Buch mit viel Sorgfalt auf den Markt gebracht haben.

Luzern im Oktober 2019

Walter Fellmann

Inhaltsverzeichnis

WALTER FELLMANN

Entstehung des neuen Verjährungsrechts und Überblick.....	1
---	---

FRÉDÉRIC KRAUSKOPF

Die Verjährung der Delikts- und Vertragshaftung.....	9
--	---

CHRISTOF BERGAMIN

Die längere strafrechtliche Verjährungsfrist nach Art. 60 Abs. 2 OR	35
--	----

JOSIANNE MAGNIN

Die Hemmung der Verjährung.....	59
---------------------------------	----

ADRIAN ROTHENBERGER

Verjährung des Regressanspruchs.....	73
--------------------------------------	----

MICHEL VERDE

Unterbrechung der Verjährung und deren Wirkung.....	103
---	-----

ISABELLE WILDHABER/SEVDA DEDE

Verzicht auf die Einrede der Verjährung	135
---	-----

RAPHAEL MÄRKI

Das neue Verjährungsrecht – Übergangsrechtliche Regeln	157
--	-----

Autorenverzeichnis

CHRISTOF BERGAMIN

Dr. iur., Rechtsanwalt, Gerichtsschreiber, Kantonsgericht Zug

SEVDA DEDE

Dr. iur., LL.M, Post-Doc am Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitswelten der Universität St. Gallen (FAA-HSG)

WALTER FELLMANN

Prof. Dr. iur., Professor für Schweizerisches und Europäisches Privatrecht an der Universität Luzern, Mitglied der Geschäftsleitung des Zentrums für Recht und Gesundheit an der Universität Luzern (ZRG), Rechtsanwalt bei SwissLegal Fellmann Rechtsanwälte in Meggen (Luzern), Fachanwalt SAV für Haftpflicht- und Versicherungsrecht

FRÉDÉRIC KRAUSKOPF

Prof. Dr. iur., LL.M., Rechtsanwalt, Professor für Privatrecht an der Universität Bern, Direktor des Instituts für Haftpflicht- und Versicherungsrecht, Universität Bern

JOSIANNE MAGNIN

Dr. iur., Rechtsanwältin bei Schärer Rechtsanwälte in Aarau, Lehrbeauftragte an der Universität Luzern

RAPHAEL Märki

MLaw, Rechtsanwalt, Assistent und Doktorand am Institut für Haftpflicht- und Versicherungsrecht der Universität Bern

ADRIAN ROTHENBERGER

Dr. iur., Rechtsanwalt, Leiter Regress, Axa Versicherungen AG in Winterthur

MICHEL VERDE

Dr. iur., Rechtsanwalt bei Eversheds Sutherland in Zürich, Lehrbeauftragter an der Universität Luzern

ISABELLE WILDHABER

Prof. Dr. iur., LL.M., Rechtsanwältin, Professorin für Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität St. Gallen, Direktorin am Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitswelten FAA-HSG

Abkürzungsverzeichnis

A

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zürich/St.Gallen)
a.M.	anderer Meinung
Amtl. Bull. NR	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat (Bern)
Amt. Bull. SR	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Ständerat (Bern)
AR	Appenzell Ausserrhoden
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ASA	Archiv für schweizerisches Abgaberecht (Bern)
AT	Allgemeiner Teil
ATF	Recueil officiel des arrêts du Tribunal fédéral suisse
ATSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
ATSV	Verordnung vom 11. September 2002 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.11)
Aufl.	Auflage

B

BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd.	Band

Abkürzungsverzeichnis

betr.	betreffend
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Schweizerisches Bundesgericht (Lausanne)
bGS	bereinigte Gesetzessammlung
BJ	Bundesamt für Justiz
BK	Berner Kommentar
BL	Basel-Landschaft
BN	Der Bernische Notar (Bern)
BR/DC	Baurecht/Droit de la Construction (Freiburg)
BRT	Schweizerische Baurechtstagung
BSG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (SR 747.201)
BSK	Basler Kommentar
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BStGer	Bundesstraßengericht
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40)
BVV	Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.441.1)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

C

c.	contre/contra
CC	Code civil suisse

XII

CHF	Schweizer Franken
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
CO	Code des obligations suisse
CR	Commentaire Romand

D

ders.	derselbe
d.h.	das heisst
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation

E

E.	Erwägung(en)
EG zum ZGB	Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (bGS 211.1)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
E-KG	Entwurf zur Änderung des Kartellgesetzes und zum Bundesgesetz über die Organisation der Wettbewerbsbehörde vom 22. Februar 2012, (BBl 2012 3905 ff.)
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101)
et al.	et alii
EU	Europäische Union
E-VVG	Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 28. Juni 2017 (BBl 2017 5141 ff.)

F

f.	und folgende/folgender (Seite, Randnummer etc.)
FAA-HSG	Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitswelten der Universität St. Gallen
ff.	und fortfolgende (Seiten, Randnummern etc.)
Fn.	Fussnote(n)
FS	Festschrift
FZG	Bundesgesetz vom 17. Dezember 1993 über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz; SR 831.42)

G

gl.M.	gleicher Meinung
GTG	Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (Gentechnikgesetz; SR 814.91)

H

HAVE	Haftung und Versicherung (Zürich)
HMV	Schweizerische Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeug-Versicherer
Hrsg.	Herausgeber/in

I

i.f.	in fine
inkl.	inklusive
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das internationale Privatrecht (SR 291)
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
IV	Schweizerische Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
i.V.m.	in Verbindung mit

XIV

J

JSG	Bundesgesetz vom 20. Juni 1986 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz; SR 922.0)
JStPO	Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung; SR 312.1)

K

KAG	Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)
Kap.	Kapitel
KG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz; SR 251)
KHG	Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (SR 732.44)
KUKO	Kurzkommentar
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (SR 832.10)

L

lit.	litera
------	--------

M

m.E.	meines Erachtens
MFH	Motorfahrzeughaftpflichtversicherung
MG	Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz; SR 510.10)
m.H.	mit Hinweis(en)
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.w.Verw.	mit weiteren Verweisungen

Abkürzungsverzeichnis

N

N	Note, Randnote
NGF	Nationaler Garantiefonds Schweiz
NGVP	Gerichts- und Verwaltungspraxis des Kantons Nidwalden (Stans)
Nr.	Nummer
NVB	Festschrift des Nationalen Versicherungsbüros Schweiz

O

OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht; SR 220)
----	---

P

plädoyer	plädoyer, Das Magazin für Recht und Politik (Zürich)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel)
PrHG	Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über die Produkthaftpflicht (Produkthaftpflichtgesetz; SR 221.112.944)
PSF	Personen-Schaden-Forum

R

RC	Responsabilité civile
recht	recht, Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis (Bern)
resp.	respektive
RLG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1963 über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (Rohrleitungsgesetz; SR 746.1)
Rz.	Randziffer

XVI

S

S.	Seite(n)
SCAI	Swiss Chambers' Arbitration Institution
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1)
SchlT	Schlusstitel
SG	St. Gallen
SJ	La Semaine judiciaire (Genf)
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich)
sog.	so genannt(e/s)
SLK	Schadenleiterkommission des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
StSG	Strahlenschutzgesetz vom 22. März 1991 (SR 814.50)
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband
SZS	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge (Bern)

T

Tin. fin. CC	Titre final du Code civil suisse
--------------	----------------------------------

U

u.a.	unter anderem/anderen
USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz; SR 814.01)

Abkürzungsverzeichnis

UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (SR 832.20)
UVV	Verordnung vom 20. Dezember 1982 über die Unfallversicherung (SR 832.202)
UWG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (SR 241)
V	
VE	Vorentwurf
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VFRR	Verordnung vom 5. Juni 1996 über die im Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare und Register sowie die Rechnungsführung (SR 281.31)
VG	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz; SR 170.32)
VG SG	Gesetz vom 7. Dezember 1959 über die Haftung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und die Verantwortlichkeit der Behörden und öffentlichen Angestellten des Kantons St. Gallen
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung(en)
vs.	versus
VVG	Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz; SR 221.229.1)
VVV	Verkehrsversicherungsverordnung vom 20. November 1959 (SR 741.31)
W	
WEKO	Wettbewerbskommission

Z

z.B.	zum Beispiel
ZBGR	Schweizerische Zeitschrift für Beurkundungs- und Grundbuchrecht (Wädenswil)
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins (Bern)
ZDG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz; SR 824.0)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zürcher Kommentar
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung; SR 272)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich)
z.T.	zum Teil

Entstehung des neuen Verjährungsrechts und Überblick

WALTER FELLMANN

Inhaltsverzeichnis

1.	Parlamentarische Initiativen Heim und Leutenegger	1
2.	Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 11. März 2014	3
2.1	Vorgeschichte	3
2.2	BGE 137 III 16 vom 16. November 2010	4
2.3	BGE 136 II 187 vom 29. Januar 2010	4
2.4	Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 11. März 2014	5
3.	Folgen des Entscheides des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 11. März 2014	6
4.	Schwerpunkte der Revision	7
5.	Literaturverzeichnis	8

1. Parlamentarische Initiativen Heim und Leutenegger

Angestossen haben die Revision des Verjährungsrechts die parlamentarischen Initiativen von Nationalrätin Bea Heim und Nationalrat Filippo Leutenegger aus dem Jahr 2006, die beide eine Verlängerung der gesetzlichen Verjährungsfristen für Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche forderten. Deren Ziel war es, auch Geschädigten von Spätschäden, namentlich Personen, die der Einwirkung von Asbest ausgesetzt waren, die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen zu ermöglichen.¹

¹ Parlamentarische Initiative 06.404 «Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht», eingereicht am 15. März 2006 von Nationalrätin Bea Heim; Parlamentarische Initiative 06.473 «Asbestopfer. Schliessen der Lücken in der heutigen Gesetzgebung», eingereicht am 6. Oktober 2006 von Nationalrat Filippo Leutenegger.

Im Jahre 2008 nahm das Parlament die Motion² «Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht»³ an und erteilte dem Bundesrat den Auftrag, «mit einer Revision des Haftpflichtrechtes die Verjährungsfristen derart zu verlängern, dass auch bei Spätschäden Schadenersatzansprüche gegeben sind».⁴ In der Folge legte das Bundesamt für Justiz einen Gesetzesvorentwurf betreffend die Revision des Verjährungsrechts vor, der im August 2011 in die Vernehmlassung ging.⁵ Der Vorentwurf sah eine weitreichende Neuordnung des Verjährungsrechts vor, die sich keineswegs auf die Verlängerung der Verjährungsfristen beschränkte.⁶

Der Entwurf des Bundesamts für Justiz stiess in der Vernehmlassung⁷ auf teilweise sehr heftige Kritik.⁸ Der Bundesrat entschloss sich daher, den Gesetzesentwurf weitgehend auf die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verjährungsfristen zu beschränken, die in den Vernehmlassungen überwiegend begrüsst worden waren. Er informierte in einer Medienmitteilung vom 29. August 2012, dass er die Revision des Verjährungsrechts fortsetze und dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt werde, einen Gesetzesentwurf und die dazugehörige Botschaft auszuarbeiten. Dabei solle die Vereinheitlichung des Verjährungsrechts mit einer massvollen Verlängerung der Verjährungsfristen vorbereitet werden.⁹

In der Tat fiel der Gesetzesentwurf vom 29. November 2013 deutlich bescheidener aus. Er konzentrierte sich auf sechs Gesetzesbestimmungen des allgemeinen Verjährungsrechts (Art. 60 und 127 ff. OR), die zum Teil gänzlich und zum Teil nur partiell neu formuliert wurden.¹⁰ Daneben enthielt er viele punktuelle Änderungen, welche neben dem OR insgesamt 29 weitere Erlasse betrafen und sich hauptsächlich mit der Anpassung der in der ganzen Privatrechtsordnung verstreuten Verjährungsfristen an die Verjährungsfristen des OR befassten.¹¹

² Motion 07.3763 «Verjährungsfristen im Haftpflichtrecht», eingereicht am 11. Oktober 2007 von der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

³ Amtl. Bull. NR 2008, S. 230 f. und Amtl. Bull. SR 2008, S. 365.

⁴ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20073763> (besucht am 12. August 2019).

⁵ Die Vernehmlassungsunterlagen sind abrufbar: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2011.html> (besucht am 12. August 2019).

⁶ <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/wirtschaft/gesetzgebung/aktienrechtsrevision14/vorentw-d.pdf> (besucht am 12. August 2019).

⁷ Der Bericht des BJ über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens vom Juni 2012 (PDF) ist abrufbar unter: https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/1999/Bericht_07.06.2012_de.pdf (besucht am 12. August 2019).

⁸ Vgl. etwa RUSCH, S. 223 ff.

⁹ <http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2012/2012-08-290.html> (besucht am 12. August 2019).

¹⁰ Vgl. BBl 2014 235 ff. (Botschaft) und 287 ff. (Entwurf).

¹¹ Vgl. dazu eingehend KRAUSKOPF, S. 52 ff.

2. **Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 11. März 2014**

2.1 **Vorgeschichte**

Im Mai 2004 diagnostizierten die Ärzte bei Hans Moor Brustfellkrebs. Am 25. Oktober 2005 reichte er beim Arbeitsgericht Baden gegen die Alstom AG, seine ehemalige Arbeitgeberin, eine (Teil-)Klage auf Schadenersatz und Genugtuung ein. Darin machte er geltend, seine Krebserkrankung sei darauf zurückzuführen, dass er zwischen 1966 und 1978 an seinem Arbeitsplatz regelmässig und intensiv Asbeststaub ausgesetzt gewesen sei. Er warf der Alstom AG vor, ihn (und andere damalige Arbeitnehmer) nicht gegen den schädlichen Asbeststaub geschützt zu haben. Damit habe sie ihre vertraglichen Schutzpflichten verletzt.

Am 10. November 2005 verstarb Hans Moor an den Folgen seiner Krebserkrankung. Darauf traten die beiden Töchter Caroline und Monika Moor an seiner Stelle in den Prozess ein.

Im Februar 2009 wies das Arbeitsgericht Baden die Teilklage mit der Begründung ab, die Ansprüche seien wegen Ablaufs der zehnjährigen Verjährungsfrist nach Art. 127 OR verjährt. Dieses Urteil bestätigte das Obergericht des Kantons Aargau in seinem Urteil vom 2. März 2010. Daraufhin gelangten Caroline und Monika Moor an das Bundesgericht.¹²

Nach dem Tod von Hans Moor forderte auch seine Gattin Renate Anita Howald Moor Genugtuung. Sie richtete ihre Forderung jedoch an die SUVA. Dieser warf sie vor, den Tod ihres Ehemannes durch Unterlassung der ihr gesetzlich obliegenden Informations- und Schutzpflichten zur Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten mitverursacht zu haben. Dem schlossen sich in der Folge mit zusätzlichen Genugtuungs- und Schadenersatzforderungen auch die beiden Töchter des Verstorbenen an.

Mit Verfügung vom 16. Oktober 2007 lehnte die SUVA sämtliche Forderungen mit der Begründung ab, sie sei für den Tod von Hans Moor nicht verantwortlich. Zudem berief sie sich auf die Verwirkung der geltend gemachten Ansprüche nach Art. 20 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (VG) vom 14. März 1958¹³ i.V.m. Art. 78 Abs. 1 und 4 des Bundesgesetzes über den

¹² Sachverhalt nach BGE 137 III 16 ff. und Urteil des EGMR *Howald Moor et autres c. Suisse* vom 11. März 2014, Nr. 52067/10 und 41072/11.

¹³ SR 170.32.